

Bundesfreiwilligendienst retten

Dringlichkeitsantrag Nr. 4454 von CSU mit FREIE WÄHLER vom 12.12.2023

Zum Sozialausschuss am 14.12.2023

Beschluss:

1. Die Dringlichkeit wird zuerkannt.
2. Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München eruiert mit den entsprechenden Akteuren Möglichkeiten, die Verträge für die Aufnahme und Verlängerung des Bundesfreiwilligendienstes trotz der Haushaltssperre für 2024 schließen zu können.
3. Der Dringlichkeitsantrag Nr. 4454 ist damit erledigt.